

Erklärung des 10. Europäischen Gipfeltreffens der Regionen und Städte

19. März 2024 – Mons (Belgien)

DIE REGIONEN UND STÄDTE HABEN DIE NÖTIGE KRAFT, UM DAS EUROPA DER ZUKUNFT STÄRKER, GERECHTER UND WIDERSTANDSFÄHIGER ZU MACHEN

Mehr als eine Million lokaler und regionaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzt sich überall in der EU dafür ein, den Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Anlässlich der Gründung des Europäischen Ausschusses der Regionen vor 30 Jahren sind wir hier zum 10. Europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte zusammengekommen, um unser Engagement für ein stärkeres, gerechteres und widerstandsfähigeres Europa zu bekräftigen.

Neben der Erfüllung ihrer Verpflichtungen auf nationaler Ebene setzen die Regionen und Städte mehr als 70 % der EU-Rechtsvorschriften um. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen uns die kollektive Verwaltung von jährlich mehr als drei Billionen Euro für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen sowie mehr als der Hälfte aller öffentlichen Investitionen in der Union an. Von den subnationalen Gebietskörperschaften wird jedoch immer mehr verlangt. Die Klimakrise, der digitale Wandel, soziale Ungleichheiten, der demografische Wandel und die Migration üben in Verbindung mit zunehmenden geopolitischen Spannungen erheblichen Druck auf die Ressourcen aus, die wir benötigen, um auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger einzugehen.

2024 ist das bislang größte Wahljahr in der Geschichte der EU. Hunderte Millionen von Bürgerinnen und Bürgern werden nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch zahlreiche Kommunal- und Regionalvertretungen sowie nationale Parlamente wählen. Aus diesem Grund sind wir zusammengekommen, um eine Zukunftsvision für ein stärkeres, gerechteres und widerstandsfähigeres Europa zu entwerfen. Dies wollen wir gemeinsam mit den Regionen und Städten tun, denn hier schlägt das Herz Europas.

WIR FORDERN:

- 1** Ehrgeizige und wirkungsvolle öffentliche Investitionen auf der Grundlage einer Aufstockung der Haushaltsmittel. Daneben müssen neue EU-Eigenmittel gefunden werden, um auf gemeinsame Herausforderungen reagieren zu können. Die Investitionen sollten sich an dem im EU-Vertrag verankerten Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts orientieren, und der Grundsatz „dem Zusammenhalt nicht schaden“ sollte auf alle Politikbereiche angewandt werden. Die Kohäsionspolitik muss ein Eckpfeiler des europäischen Projekts und das wichtigste und herausragende Investitionsinstrument der EU für langfristigen innovativen Wandel und Solidarität bleiben und zugleich den Binnenmarkt und die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken.
- 2** Ein erneuertes Bekenntnis zum europäischen Grünen Deal als dem Kompass der Europäischen Union, der sich im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen auf die gewonnenen Erkenntnisse stützt, mit dem Ziel, Klimaneutralität zu erreichen, die biologische Vielfalt zu erhalten bzw. wiederherzustellen, den Wohlstand zu gewährleisten und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Dies sollte auf der Multi-Level-Governance beruhen und die Handlungskompetenz der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unter anderem durch Direktmittel für die Städte und Regionen stärken, damit diese gemeinsam die innovativen Lösungen entwickeln können, die sie zur Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise benötigen.
- 3** Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit, damit kein Ort und kein Mensch zurückgelassen wird. Die Vielfalt der territorialen Gegebenheiten, der ländlichen und städtischen Gebiete, der landwirtschaftlich genutzten Flächen und Industriezentren, der Gebiete in äußerster Randlage und der Inseln sowie dünn besiedelter Gebiete, muss in allen Politikbereichen der EU berücksichtigt werden. Bei der Armutsbekämpfung, der Bereitstellung guter Arbeitsplätze und sozialer Dienstleistungen, der Förderung von Innovation, Integration und Inklusion sowie der Gleichstellung der Geschlechter, der Teilhabe junger Menschen und der Generationengerechtigkeit müssen bewährte Verfahren der lokalen und regionalen Ebene maßgeblich berücksichtigt werden.
- 4** Einen vorausschauenden Ansatz für die Zukunft der Europäischen Union, mit Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Vorbereitung von Reformen der EU und der Erweiterung, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Governance und die Politik wie die Kohäsionspolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik. Die Vorbereitung der Erweiterung mit allen Kandidatenländern sollte auf dem Partnerschaftsprinzip, der Multi-Level-Governance und Dezentralisierung gründen. In Bezug auf die Ukraine sollten Solidarität und Unterstützung weiterhin und so lange wie nötig die Richtschnur für das Handeln der Europäischen Union bilden. Die Europäische Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine sollte maßgeblich am Wiederaufbau beteiligt werden.
- 5** Die Stärkung der lokalen und regionalen Dimension der europäischen Demokratie. Dem Europäischen Ausschuss der Regionen als legitimer politischer Versammlung der Kommunal- und Regionalvertreter muss insbesondere bei Maßnahmen mit einer lokalen oder regionalen Dimension mehr Gewicht im institutionellen Gefüge und im Gesetzgebungsverfahren der EU gegeben werden. Künftige Reformen der EU müssen die Multi-Level-Governance und die aktive Subsidiarität als zentrale Grundsätze beinhalten. Neue Instrumente für die Partizipation sollten weiter ausgelotet werden, dabei sollte auf bereits bestehenden erfolgreichen Verfahren aufgebaut werden.

Die Regionen und Städte müssen bei der Ausarbeitung der nächsten strategischen Agenda der Europäischen Union sowie der politischen Prioritäten der neuen Europäischen Kommission einbezogen werden. Wir fordern die europäischen Entscheidungsträger auf, sich stärker um die Verankerung aller EU-Politikbereiche auf lokaler und regionaler Ebene zu bemühen und so die demokratische Legitimität und Effizienz der Maßnahmen zu stärken. Entscheidend ist die Zusammenarbeit aller Ebenen, auf denen wirklich etwas bewirkt werden kann, sei es auf europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Gemeinsam haben die Regionen und Städte die nötige Kraft, um ein stärkeres, gerechteres und widerstandsfähigeres Europa zu schaffen.



Europäischer Ausschuss
der Regionen



Wallonie